Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 5-6

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Jubel über die Früchte von Lausanne? / Politische Investitionen in Österreich. / Differenzierte Souveränität.

„Die Konferenz hat das ihr gesteckte Ziel erreicht, sie schließt im Zeichen der Verständigung zwischen den beteiligten Staaten mit einem vollen Erfolg: der Liquidation des Reparationsproblems. Mit einem Gefühl der Befreiung und Dankbarkeit wird die frohe Kunde aus Lausanne überall in der Welt aufgenommen werden. Einer unter dem Druck der schwersten Wirtschaftskrise seufzenden, in tausendfache Schuld, Not und Verwirrung verstrickten Menschheit zündet das Ergebnis dieser Konferenz, nach so und so viel frühern Enttäuschungen und Fehlschlägen, die hellleuchtende Fackel der Hoffnung auf ein neues „Aufwärts" und „Vorwärts" an." Mit diesen begeisterten Worten feierte die „Neue Zürcher Zeitung" das Ergebnis der Lausanner Reparationskonferenz. Und während der Unterzeichnung des Paktes durch die Delegierten der verschiedenen Staaten läuteten alle Kirchenglocken von Lausanne.

Rechtfertigt der Lausanner Vertrag diese ungehemmten Freudenausbrüche von Seiten unseres Landes? Bei einer kühlen sachlichen Überprüfung sicherlich nicht. Sie sind rein psychologisch zu erklären. Allgemein hatte man mit einer Vertagung der Konferenz gerechnet. Nun kam sie wider Erwarten doch zu einem Pakt, der von allen Vertretern unterzeichnet wurde. Die Überraschung über diese Wendung löste sich in einem Freudentaumel. Die Begeisterung hat aber vom schweizerischen Standpunkt aus zum mindesten weit übers Ziel hinausgeschossen.

Das Lausanner Abkommen hat den zweifellos sehr großen Vorzug, daß es einmal Klarheit schaffen will über Dauer und Umfang der wirklich noch erwarteten Reparationsleistungen. Die letzte Ablösung ist in der Form zu leisten, daß die deutsche Regierung der Bank für Internationale Zahlungen zu 5 % verzinsliche Schuldscheine im Gesamtbetrag von 3 Milliarden Goldmark übergibt. Diese werden erst nach Ablauf von drei Jahren gehandelt. Das bedeutet praktisch die Gewährung eines dreijährigen Moratoriums an Deutschland. Die Schuldscheine werden von der B. J. Z. plaziert, sobald die Kurse der deutschen Völkerbundsanleihen es gestatten. Alle Scheine, die während 15 Jahren nach Unterzeichnung des Abkommens nicht plaziert werden konnten, werden dann annulliert. Erlauben zwar die Indexkurse eine Emission noch nicht, hat aber der Verwaltungsrat der B. J. Z. den Eindruck, daß der Kredit der deutschen Regierung wieder hergestellt sei, so kann der Minimalpreis für die Reparationsbonds vom Verwaltungsrat der B. J. Z. mit Zweidrittelmehrheit herabgesetzt werden. Steigt anderseits infolge des 5 % Zinsfußes der Kurs der Bonds über pari, so kann die deutsche Regierung um eine Ermäßigung des Zinssatzes nachsuchen. Die in Zirkulation gelangten Bonds können von der deutschen Regierung stets zu pari zurückgekauft werden; sie sind mit mindestens 1 % zu amortisieren und von jeder unter Staatsgarantie aufgenommenen Anleihe ist ein Drittel zum Rückkauf der Schuldscheine zu verwenden.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die Höchstsumme von 3 Milliarden im Vergleich zu den astronomischen Zahlen des Youngplanes ein ungeheures Entgegenkommen der Reparationsgläubiger bedeute. Dieser Vergleich hinkt. Die Youngforderungen waren wirklich nur noch auf dem Papier und jeder Kaufmann hätte sie bereits voll abgeschrieben. Im Vergleich zu dem, was man nach Lage der Dinge noch zu erwarten hatte, bedeutet die noch verbliebene Leistung wohl eher eine Aufwertung der Reparationsforderung für die Gläubiger. Daß das Abkommen auch so empfunden wird, beweist die große Befriedigung über das Abkommen in Frankreich, wo man zwar nach außen immer starr an den nominellen Youngplanforderungen festgehalten hatte, um in Verhandlungen bis an den Hals gerüstet zu sein,

im Innern dagegen wohl die Forderungen schon ganz abgeschrieben hatte. Auch die nunmehr verbliebenen 3 Milliarden bedeuten im Hinblick auf die schon längst überzogene deutsche Steuerschraube, auf die durch rigorose Sparmaßnahmen gedrosselten Aufwendungen für kulturelle Zwecke, auf das Heer von 6 Millionen Arbeitslosen und auf die ungeheure Mittel verlangende Arbeitsbeschaffung noch eine starke Last.

Wenn es Frankreich entgegen seinem anfänglichen Plan nicht gelungen ist, die endgültige Regelung der Reparationen bis nach Ablauf des ein- bis dreijährigen Moratoriums zu verschieben und damit ein Aufblühen der deutschen Wirtschaft sicher zu verhindern, so verknüpfte man doch geschickt die Reparationszahlungen mit dem Konjunkturablauf der deutschen Wirtschaft. Kommt sie wieder in Gang, so erlauben die normalen Effektenkurse die Ausgabe der Bonds in vollem Umfang und die Bremse tritt in Gestalt von 3 Milliarden Schuldscheinen mit 5 % Zins in Funktion. Bedenkt man, daß die Forderung nach den bisherigen Leistungen und den heutigen Verhältnissen bereits einen Barwert von Null hatte, so muß man anerkennen, daß das nominelle Anrecht wenigstens noch so weit möglich verwertet wurde. Die eine nützliche Wirkung der Reparationen für die Gläubigerländer wird beibehalten: sie dienen noch weiter während mindestens 15 Jahren als Wirtschaftsklammer für die deutsche Wirtschaft. Sie ist umso wirksamer, als sie in einer Zeit angelegt wird, wo eine Wirtschaftsblüte in Deutschland erst aus dem Nichts herauswachsen müßte. Diese Klammer wirkt hemmend auch für diejenigen Staaten, die an einem Absatz in Deutschland interessiert sind, denn sie schwächt durch die zur Tilgung dieser Schulden notwendigen öffentlichen Lasten noch auf lange Zeit die deutsche Kaufkraft. Dazu kommt, daß die Mittel für Zinsendienst und Amortisation vor allem durch Überexport aufgebracht werden müssen, sodaß der deutsche Exportdruck noch weiter anhalten muß und eine normale Organisation der europäischen Wirtschaft weiter verhindert ist.

Die getroffene Regelung bedeutet eine Kommerzialisierung der Reparationen und damit gleichzeitig eine verstärkte Sicherung für die Reparationsgläubiger. Denn damit wird ihnen das Odium politischer Tribute genommen und sie stehen nun mit dem Anspruch auf Gleichrangigkeit in einer Reihe mit den privaten, aus wirtschaftlichen Transaktionen herrührenden Schulden. Damit fällt die Unterscheidung zwischen politischen Schulden und privaten Schulden, zu deren Bezahlung sich ja z. B. die Nationalsozialisten bereit erklärten. Bedeutet die Kommerzialisierung für die Reparationsgläubiger eine Verbesserung ihrer Lage, so bedeutet sie anderseits eine Verwässerung aller auf wirklich kommerziellen Schuldtiteln beruhenden Guthaben gegenüber der deutschen Wirtschaft. Neben die bereits beinahe untragbare wirtschaftliche Verschuldung tritt eine neue große Schuld ans Ausland, die im Fall einer deutschen Zahlungsunfähigkeit nur die Konkursdividende verkleinert oder die Stillhaltezeiten verlängert.

Endlich wird das große Risiko, das mit den Reparationen verhaftet ist, deren Einbringlichkeit immer höchst zweifelhaft ist, vom Moment der Ausgabe an auf die Übernehmer der Schuldtitel abgewälzt, da ja die Reparationsgläubiger den Erlös im Moment der Ausgabe auf Spezialkonto überwiesen erhalten. Diese Überwälzung des Risikos ist umso ungerechtfertigter, weil dasselbe bei Schuldtiteln, die aus derart völlig unproduktiven Überweisungen herstammen, ein ungleich vergrößertes ist gegenüber Forderungen auf geschäftlicher Basis. Sie ist aber psychologisch geschickt gedacht, indem der Mißmut der geschädigten Bondsinhaber sich im Falle der Zahlungsunfähigkeit natürlich gegen den deutschen Schuldner wendet mit der ganzen Hartnäckigkeit geschädigter Anleihensgläubiger und mit der Möglichkeit, ein wirtschaftliches Maßnahmensystem in Tätigkeit zu setzen, das gegenüber zahlungsunfähigen Schuldnern immer zur Verfügung steht.

Man hat namentlich darauf hingewiesen, daß das Ergebnis der Lausanner Konferenz vor allem einen ideellen Erfolg darstelle und die Basis für das nunmehr

wiederkehrende Vertrauen darstelle. Aber auch hier war die Freude zum mindesten verfrüht. Der Weg bis zur Ratifizierung des Abkommens ist noch mit allerlei Wenn und Aber gepflastert.

Dafür, daß die Ratifikation auf der Gläubigerseite ja nicht zu früh erfolgen kann, sorgt vor allem das zwischen den Gläubigerstaaten geschlossene, die amerikanischen Kriegsschulden betreffende Gentlemen's Agreement. „Was die Gläubigerstaaten anbetrifft, im Namen derer dieses Protokoll paraphiert worden ist, so wird die Ratifizierung nicht eher vorgenommen, als sie selbst unter sich eine befriedigende Lösung in der Frage ihrer eigenen Schulden mit ihren Gläubigern gefunden haben werden. Sollte aber eine solche Lösung nicht gefunden werden können, so würde das Abkommen mit Deutschland nicht ratifiziert werden. Die juristische Situation sämtlicher beteiligter Regierungen würde wieder dieselbe sein, wie vor dem Hoover'schen Moratorium." Deutschland hatte sich der von Frankreich geforderten Aufnahme dieser Sicherungsklausel in den Vertrag selber widersetzt. Nun hat man sich so geholfen, daß das Gleiche tatsächlich doch durch dieses Gentlemen's Agreement erreicht wurde. Bevor eine Einigung mit Amerika in Frage kommt, sind noch die amerikanischen Präsidentschaftswahlen abzuwarten, deren Ausgang noch sehr unsicher ist. Vorher vermeidet Hoover auch nur jeden Schein einer Bindung. Amerika hat zu verschiedenen Malen erklärt, daß es sich durch keine Macht in der Schuldenfrage binden lasse und daß die Lausanner Regelung seine Stellungnahme nicht berühre. Die sachlichen Aussichten auf ein genügendes Entgegenkommen der Vereinigten Staaten sind auch nicht allzu groß. Trotz aller abschwächenden Beteuerungen empfindet Amerika das Gentlemen's Agreement doch als Versuch zur Ausübung eines Druckes, da ja in der Tat eine einheitliche Schuldnerfront geschaffen wird. Mit Recht schreibt die „N. Z. Z.": „Es steht noch keineswegs fest, daß die französische Methode, die den Amerikanern eine Einheitsfront der europäischen Schuldnerstaaten demonstriert, die bessere ist." Sicher wird Amerika in der Frage der Abrüstung vor Aufnahme der Verhandlungen weitgehende Konzessionen von den europäischen Staaten verlangen. Wie man sieht, steht auf der Gläubigerseite eine Ratifikation noch in weiter Ferne.

Wie steht es mit den Ratifikationsaussichten in Deutschland? Allem Anschein nach sind die Sozialdemokratie und die Splitterparteien der bürgerlichen Mitte dazu bereit. Der „Angriff" verkündete für die Nationalsozialisten: „Die N. S. D. A. P. wird ihn nach keiner Richtung hin billigen." Anderseits versucht man, die Verantwortung der Nationalsozialisten möglichst für den Lausanner Pakt zu erreichen, und die „Frankfurter Zeitung" schreibt: „Die Ratifizierung dieses letzten Reparationsabkommens geschieht mit den Nationalsozialisten oder überhaupt nicht." Die „Vossische Zeitung" glaubt in der Tat, Hitlers Partei werde gegen die Opferung einiger Ministersessel ratifizieren. Bei Hitlers undurchsichtiger Taktik ist die endgültige Entscheidung noch zweifelhaft. Das Zentrum begegnet dem Lausanner Vertrag mit allen Vorbehalten, da er gegenüber Brüning in der Tat einen Rückschritt bedeutet.

Was geschieht, wenn das Lausanner Abkommen nicht ratifiziert wird? Diese Frage stellte Reichskanzler von Papen auch anläßlich der Unterzeichnung des Vertrages. Präsident Mac Donald entgegnete, daß dann eine neue Konferenz einzuberufen sei. Dies scheint jedoch nicht die Ansicht Herriots zu sein, der in Paris erklärte, daß dann alles weitere noch vorbehalten sei, wozu die französische Presse ausführte, daß dann der Youngplan automatisch weiter funktionieren werde.

Der Abschluß des Gentlemen's Agreement bedeutet für Frankreich einen starken politischen Erfolg, denn es gelang ihm, endlich die Kriegsschulden und die Reparationen auch rechtlich, von den übrigen Mächten anerkannt, zu verknüpfen.

So konnte Herriot vor der französischen Kammer befriedigt erklären: „Ebenso gelang uns die Verknüpfung des Reparationsguthabens und der alliierten Schulden gegenüber Amerika,“ .... die sich „nur schwer aus den bisherigen diplomatischen Instrumenten ableiten ließ.“ Und gleichzeitig vermochte Frankreich zu erreichen, daß die übrigen Gläubigermächte an seiner Seite stehen und mit ihm die Verantwortung für eine allfällige Nichtratifikation vor aller Welt mitzutragen haben.

Gleichzeitig mit dem Lausanner Abkommen wurde ein französisch-britischer Vertrauenspakt geschlossen. Noch heute besteht im wesentlichen Dunkel über die Tragweite dieses Paktes, dessen Wortlaut sehr allgemein gehalten ist und der in Paris und London in sehr abweichendem Sinne interpretiert wird. In England versucht man, seine Bedeutung möglichst abzuschwächen. Sir John Simon sprach sogar davon, der Pakt habe keine „reale Substanz“; in einer offiziellen englischen Erklärung wird namentlich betont, daß der Pakt nur europäische Fragen betreffe und mit den Vereinigten Staaten in keinerlei Beziehung stehe. In Frankreich dagegen setzte man auf den Pakt große Hoffnungen und gab ihm eine Bedeutung, die in England peinlich berührte. Der „Oeuvre“ sprach von einer Art „wiederauferstandener Entente cordiale“. Die französische Presse sprach davon, „daß der Pakt es der britischen Regierung unmöglich mache, ohne Konsultation mit Paris die Verhandlungen mit Amerika über die Revision des Schuldenabkommens aufzunehmen“. Nach Herriot ist der Pakt vor allem eine Ergänzung des Gentlemen's Agreement und sichert Frankreich gegen eine Extratour Englands in der Kriegsschuldenfrage, „wodurch insbesondere der Erfolg der Verhandlungen mit Washington erleichtert werde“.

Der Vertrauenspakt enthält vier Hauptpunkte. Einmal beabsichtigen Frankreich und England, gemeinsam zusammenzuarbeiten, um eine Lösung der Abrüstungsfrage zu finden, „die für alle Interessierten gleich vorteilhaft und gerecht ist“. Beide Regierungen beteiligen sich an der sorgfältigen Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz. Während den Handelsvertragsverhandlungen werden Frankreich und England gegenseitig alle benachteiligenden wirtschaftlichen Maßnahmen vermeiden. Das Hauptgewicht ruht wohl auf dem ersten Artikel, nach dem die beiden Regierungen beabsichtigen, „mit der größten Offenheit einen Meinungsaustausch vorzunehmen und sich materiell über alle Fragen unterrichten zu lassen, die gleichen Ursprungs sind wie die, deren Regelung soeben in Lausanne auf so glückliche Weise erfolgt ist und die geeignet sind, Europa zu schaden“.

Die Bedeutung des Paktes darf man nicht überschätzen. Immerhin hat die „Neue Zürcher Zeitung“ recht, wenn sie schreibt: „Weil man nun nicht gern glauben will, daß Staatsmänner in feierlicher Geste etwas völlig Bedeutungsloses tun, ist es bei diesem Sachverhalt leider unvermeidlich, daß sich der Verdacht regt, es verstecke sich hinter dem geschriebenen Buchstaben noch ein geheimer Sinn.“

Bei näherer Untersuchung kommt man diesem auf die Spur. Bedeutet der Pakt ein Einlenken Frankreichs auf Englands Seite dafür, daß dieses auf die völlige Streichung der Reparationen verzichtet hat? Dann hätte Pertinax recht: „Wir tragen Wasser auf die Revisionsmühle des britischen Ministerpräsidenten.“ Das ist sehr unwahrscheinlich. Einmal ist England aus eigenem Interesse von sich aus eingelenkt, da es eben auch Gläubiger gegenüber den anderen Reparationsgläubigern ist. Sodann zeigt die Art und Weise der Interpretation, daß Frankreich das größte Interesse hat, dem Vertrag eine möglichst starke Bindung und Tragweite zu geben, während England sich stark bemüht, sich nachträglich möglichst wieder aus der Schlinge zu ziehen. Der Vertrauenspakt bedeutet eine Bindung der Engländer an die französischen Standpunkte und wurde als Kompensation eingehandelt für Frankreichs Entgegenkommen in der Reparationsfrage.

Die französische Politik war seit Monaten darauf eingestellt, mit den Reparationen die Frage des Donauprojektes und der Abrüstung zu verknüpfen und die Reparationen hier als Kompensationsobjekt zu verwenden. Durch den Vertrauenspakt hat nun Frankreich erreicht, daß namentlich die Donaufrage vor allem zwischen Frankreich und England gründlich vorbesprochen wird und daß England nicht wieder hinter dem Rücken Frankreichs sich deutsche oder italienische Standpunkte zu eigen macht. Gleichzeitig hat Frankreich erreicht, daß es von der Isolierung, die zu Beginn der Konferenz schon stark drohte, verschont blieb und seine europäische Stellung wieder wesentlich verstärkt hat. „Das Barometer der Entente cordiale, das so lange auf „Veränderlich" gestanden, ist gestiegen." (NZZ). „Wie gewöhnlich schmolz der deutsche Widerstand vor dem französisch-britischen Zusammengehen" (Léon Blum). Und Herriot erklärte vor der Kammer: „Angesichts der großen Probleme, welche sich morgen sowohl an der Abrüstungskonferenz, wie an der Wirtschaftskonferenz stellen, wollten wir in die europäische Familie Ordnung bringen und zu diesem Zweck die Verständigung zwischen den beiden Nationen aufrechterhalten, welche durch ihre historische Vergangenheit Erstgeburtsrechte und -pflichten gegenüber den andern haben." So hat der „Vorwärts" nicht Unrecht, wenn er schreibt: „Sollte Reichskanzler von Papen als politisches Ergebnis von Lausanne außer der Preisgabe seiner eigentlichen politischen Forderungen obendrein ein englisch-französisches Bündnis erreicht haben?" Warum fand sich Mac Donald zu diesem Pakt bereit? Offenbar haben ihn der brüske Sturz Brünings, das starke Anwachsen der Nationalsozialisten und seine alte Freundschaft zu Herriot entgegenkommend gestimmt. Die nachträglichen Verwischungsversuche zeigen, daß ihm nunmehr die Sache eher etwas peinlich ist.

Herriot hat sich an der Lausanner Konferenz als genialer Diplomat gezeigt und glänzende Erfolge errungen. Sah die Sache zu Beginn für Frankreich recht bedenklich aus, da sowohl Italien wie England sich zu einer Streichung der Reparationen bekannt hatten, so gelang es ihm im Verlauf der Konferenz, den französischen Standpunkt durchzusetzen und Deutschland, das sich zu vertrauensselig auf die beiden andern verlassen hatte, zu isolieren. Die politischen Forderungen der deutschen Delegation wies er kategorisch zurück, und sie mußten fallen gelassen werden. Es gelang ihm die Verknüpfung von Reparationen, Abrüstung und Donaufrage durch den Abschluß des französisch-britischen Vertrauenspaktes. Die bereits eingetretene starke Isolierung Frankreichs konnte ins Gegenteil verkehrt werden. Und endlich gelang der Hauptstreich: im Gentelemen's Agreement konnte Frankreich die Reparationen mit den Kriegsschulden gegenüber Amerika verknüpfen und die übrigen Kriegsschuldner zu einer einheitlich vorgehenden Gläubigerfront sich anschließen. Die Hauptkosten der Reparationsregelung werden damit Amerika überbunden und den Vereinigten Staaten die Verantwortung für den ganzen Fragenkomplex zugeschoben.

Auf der andern Seite hat die deutsche Delegation unter der Führung des Reichskanzlers von Papen in Lausanne versagt. Zunächst anerkannte von Papen die rechtliche Verbindlichkeit des Youngplanes und das Anrecht Frankreichs auf Kompensationen für die unerfüllbaren Reparationsverpflichtungen. Er bestand nicht auf der völligen Streichung der Reparationen, sondern ließ sich auf Verhandlungen über die Höhe der Schlußsumme ein, wobei er merkwürdig schwankte zwischen einmaliger Abfindung und Annuitäten. Die stärkste Bresche schlug er finanziell und moralisch indessen in die deutsche Position, als er mit der Höhe der Abschlagszahlung politische Forderungen verknüpfte. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schrieb, „der deutsche Vorstoß sei verhandlungstechnisch kaum zu verstehen", und der „Temps" konnte von „politischem Dilettantismus", mit dem die deutsche

Großmacht in Lausanne sich keine Lorbeeren geschnitten habe", schreiben. Mit dem Moment, da von Papen erklärt hatte, mehr bezahlen zu wollen, wenn die Diskriminationen im Versailler Vertrag beseitigt seien, hatte er die Möglichkeit zu höheren Leistungen zugegeben und gleichzeitig die Leistung von 600 Millionen, also Geld für die Beseitigung der beleidigenden Kriegsschuldartikel aus dem Versaillervertrag geboten.

Während der Konferenz hatte man den starken Eindruck, daß von Papen die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nicht auszunützen verstand oder nicht auszunützen wagte. Mit einer starken, nationalen Opposition im Rücken hätte er in Lausanne ganz anders auftreten können, als er es tat. Er verstand es nicht, diese Kräfte zu verwerten. Er scheute sich vor allem vor einem Scheitern der Konferenz. Sein Handeln trug den Stempel der Ängstlichkeit gegen innen und außen. Er wollte gleichzeitig Frankreich versöhnen und die nationale Bewegung daheim zufriedenstellen.

Das Verhalten des deutschen Reichskanzlers läßt sich auf verschiedene Weise erklären. Er stammt aus einem Kreis, der Frankreich nahesteht und nach einer Verständigung mit Frankreich mit allen Kräften strebt. Nicht umsonst war verschiedentlich ernstlich die Rede von einem deutsch-französischen Militärbündnis. Neben den Konferenzverhandlungen gingen heftige Wirtschaftsverhandlungen hinter den Kulissen einher. Schwerin-Krosigk sprach von einem „Ausbau der Abkommen zwischen den Privatindustrien der beiden Länder" und sodann von einer „deutsch-französischen Wirtschaftsentente von Staat zu Staat". Der Plan des Außenministers von Neurath sah als Kompensationen an Frankreich vor eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit, gegenseitige Unterlassung aller Zollerhöhungen, Unterlassung von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, von Devisenbeschränkungen und Abschluß eines neuen Sicherheitspaktes für Frankreich. Italien fürchtete eine Zeitlang antiitalienische deutsch-französische Verhandlungen. Das maßvolle Auftreten von Papens, die ständige Rücksichtnahme auf den französischen Standpunkt erklärt sich aus seiner westlichen Einstellung heraus. In dieser Beziehung stellt das Kabinett Papen gegenüber Brüning für Deutschland einen Rückschritt dar. Aus der westlichen Einstellung heraus hat von Papen auch die Unterstützung Englands überschätzt. Einmal mehr hat Deutschland in Lausanne wieder erfahren müssen, wie wenig es von einer westlichen Orientierung zu erwarten hat. Konsequent folgert daher die „Börsenzeitung": „Deutschland muß sich endlich außenpolitisch grundlegend umstellen und den einseitigen Westkurs endgültig verlassen." Deutschland findet in Ermangelung eines Bismarck wohl auch heute nur den Weg zu einer Ostpolitik unter unerbittlichem Zwang der Verhältnisse. Allem Anschein nach werden auch die Nationalsozialisten dem alten Laster der Westorientierung verfallen.

Ein zweites erklärt noch die entgegenkommende Haltung von Papens gegenüber den Gläubigerstaaten. Papens innerpolitische Mission ist es, dem Nationalsozialismus die Giftzähne des Sozialismus auszubrechen. Sein Kabinett soll den drängenden sozialistischen Umbau Deutschlands hintanhalten. Gegen die im Nationalsozialismus drohende sozialistische Gefahr konnte nur ein nationales Kabinett eingesetzt werden, und daraus wurde Brüning verabschiedet und von Papen eingesetzt, für den der Kampf gegen den Sozialismus erstes Ziel ist, wie schon die Antrittsrede zeigt. Und so findet sich von Papen auch bereit, drei Milliarden „zum Wiederaufbau Europas" beizutragen. „Genau so wie die Regierung Papen mindestens wirtschaftlich die Rettung des Kapitalismus bezwecken soll, so gewinnt die Lausanner Konferenz den Charakter einer internationalen Gefahrengemeinschaft zur Rettung des kapitalistischen Systems." Papen stand seelisch zwischen dem nationalen Bewußtsein seiner Heimat, das er nicht verraten wollte und dem er Konzessionen schuldig war, und den kapitalistischen Anschauungen des Westens,

denen er sich verbunden fühlt. Die Entscheidungen werden so nur hinausgeschoben. Man mag sich über die Harmonie in Lausanne freuen; die Kehrseite wird wohl darin bestehen, daß der Vertrag von Deutschland nicht ratifiziert wird oder nur unter Verrat des Nationalsozialismus an seinen obersten Zielen. Es ist heute noch ungewiß, wie stark er auf das Kabinett von Papen hereinfällt, das im Innern geschickt die nationalsozialistische Bewegung, die zwischen Revolution und Legitimität pendelt, einzufangen beginnt.

* * *

In Österreich antichambriert schon seit Wochen ebenfalls ein nationaler Politiker aus dem katholischen Lager, Bundeskanzler Dollfus, um eine Anleihe bei den Westmächten. Österreich leidet seit dem Krieg unaufhörlich an seiner unnatürlichen wirtschaftlichen Lage, in die es durch die Zertrümmerung des Habsburgerreiches in mehrere Stücke gebracht worden ist. Die Krise wird noch verschärft durch die autarke Wirtschaftspolitik der neu erstandenen kleinen Nationalstaaten. Mit allen Mitteln wird „das natürlich und geschichtlich begründete Austauschverhältnis" ruiniert. „Die Handelspolitik im Donaugebiet verdient geradezu pervers genannt zu werden." Bisher hat man eine grundsätzliche Lösung immer durch ein ausgebildetes Pumpsystem umgangen. Da aber die Mängel struktureller Art sind, vermochten alle Kredite nur, die Entscheidung hinauszuschieben. Vor allem Österreich vermochte sich nur mit Hilfe ausländischer Kredite über Wasser zu halten. Als die Bereitschaft zu langfristigen Anleihen schwand, half es sich mit kurzfristigen Krediten. Diese drängen heute auf Rückzahlung. Die österreichische Nationalbank besitzt noch eine Notendeckung von 17 % und konnte sich nur durch rigorose Devisenbeschränkung vor einer vollständigen Entblößung retten. Finanziell helfen nur zwei Wege aus dem Chaos: Moratorium oder nochmalige ausländische Anleihe. Das Moratorium steht schon seit Wochen vor der Tür, und doch hat die österreichische Regierung den Mut zu seiner Erklärung nicht gefunden. Statt dessen versuchte sie, mit allen Mitteln eine Anleihe zu erhalten. Nach den Beratungen einer Völkerbundskommission unter dem Vorsitz von Bundesrat Musy hat nunmehr der Völkerbundsrat beschlossen, unter der Garantie von sieben Staaten Österreich eine Anleihe von 300 Millionen Schilling zu gewähren. Daran soll sich auch die Schweiz mit 12 Millionen beteiligen. Die Anleihe wird dazu verwendet, die sich auf ungefähr 200 Mill. belaufenden kurzfristigen Kredite der Bank von England und der Bank für internationale Zahlungen zurückzuzahlen. Der geringe Rest kommt in bar an die österreichische Nationalbank und wird für den Zinsendienst für die österreichischen Anleihen in gleicher unproduktiver Weise Verwendung finden. Das Moratorium wird damit nicht verhütet, sondern nur hinausgeschoben. Österreich wird gleichzeitig verpflichtet, eine innere Anleihe von 200 Mill. Schilling aufzunehmen. Die Regierung wird zu energischen Sparmaßnahmen verhalten. Der Präsident der Nationalbank, Dr. Kienböck, erhält im österreichischen Geld- und Kreditverkehr eine diktatorische Stellung. Alle Maßnahmen erfolgen unter der Mitwirkung eines Kommissars des Völkerbundes.

Man wird sich fragen, warum die österreichische Regierung sich zu dieser Anleihe bereit findet. Einmal kann sie auch heute noch nicht, wie bei der Übernahme der Bundeshaftung für die in- und ausländischen Depositen der Österreichischen Creditanstalt, sich zu grundsätzlichen Lösungen entschließen. Die Politik des Hinausschiebens wird fortgesetzt. Sodann ermöglicht die Anleihe der Regierung Dollfus die Durchführung ihres Sparprogrammes unter Zwang, zu der sie aus eigener Kraft sich nicht stark genug fühlte. Schließlich ist die Ratifizierung des Anleihensvertrages durch das österreichische Parlament noch unsicher. „Das Bild, das sich in Wien bietet, ist von den Auffassungen des Auslandes nicht

unwesentlich verschieden, weil vielfach die Meinung herrscht, es handle sich weniger um eine wirkliche Hilfe für Österreich, als um eine Aktion für die Auslandgläubiger, die selbstverständlich ein Transfermoratorium vermeiden möchten." (wg. in NZZ.)

Die Anleihe dient fast nur zur Deckung und Verzinsung alter Schulden. Sie ist nur eine neue Stufe in einem unaufhörlichen und nie endenden Pumpsystem. Warum haben die garantierenden Mächte sich trotzdem zu deren Gewährung bereit gefunden? England hat ein Interesse an der Flottmachung der von der Bank von England gewährten großen kurzfristigen Kredite. Frankreich anderseits hat eine neue Gelegenheit wahrgenommen, um wiederum eine politische Investion zu machen. Im neuen Anleiheprotokoll wird Österreich „die Wahrung seiner politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit" auferlegt. Es wird auf eine neue Dauer von 20 Jahren ein Anschluß oder eine Zollunion verhindert. Frankreich erklärt: „Wir wollen Österreich nicht heute auf die Beine stellen, ohne Sicherheit zu haben, daß wir morgen nicht wieder mit der Anschlußfrage überfallen werden." Es ist rührend, wie man die neue Fessel Österreich mundgerecht machen will, wie das durch Sir Arthur Salter geschieht. „Es ist von großer Wichtigkeit, daß wirtschaftliche Verbindungen politischen Wahlverwandtschaften entgegenwirken und nicht mit ihnen zusammenfallen; mit andern Worten, daß die Grenzen wirtschaftlicher Zusammenschlüsse die Grenzen bestehender oder möglicher politischer Unionen durchschneiden.... Falls Österreich sich diese Politik zu eigen macht, würde es in seine alte Mittlerrolle zwischen Westen und Südosten zu seinem eigenen und zum Vorteil aller wieder eintreten." Aber nicht nur die Beschränkung der Souveränität des Genfer Protokolls von 1922 wird verlängert um 20 Jahre. Nach dem neuen Protokoll werden alle diese Anleihe betreffenden Beschlüsse des Völkerbundsrates nicht mehr, wie alle übrigen, mit Einstimmigkeit gefaßt, sondern es ist bloße Stimmenmehrheit erforderlich. Da Frankreich über diese im Völkerbundsrat immer verfügt, gerät Österreich durch die neue Anleihe in ein richtiges Vasallenverhältnis zu Frankreich. Auf der einen Seite wird Österreich Selbständigkeit auferlegt (gegen Deutschland), anderseits erhält es einen Völkerbundskommissar mit starken Vollmachten und gerät in ein Vasallenverhältnis zu Frankreich. Man könnte das nach berühmtem Muster „differenzierte Souveränität" nennen! „So entsteht das Mißverhältnis, daß Österreich eine schwere politische und wirtschaftliche Hypothek für die Dauer von 20 Jahren übernimmt, die die Souveränität der Republik weitgehend beschränkt, während der rein finanzielle Gewinn im Vergleich zum gegenwärtigen Zustand minimal bleibt." (wg. in NZZ.)

Das Geld, das durch die Anleihe nach Österreich fließt, ist nicht geliehenes Geld, sondern eine Dauerinvestition. Denn woher sollen die Mittel zur Rückzahlung kommen? Und zwar handelt es sich um eine Investition zur Vermeidung des Anschlusses und der Zollunion und zur Erzwingung einer Ehe möglichst mit Frankreichs Donauplänen. Was die Schweiz mit solchen Anleihen zu tun hat, ist nicht ersichtlich. Wir müssen im Gegenteil von neutralem Boden aus mit aller Schärfe uns gegen die Übernahme der neuen 12 Millionen-Tranche wenden.

Zürich, den 21. Juli 1932. Ernst Wolfer.

Ernstfall.

Nicht daß in gewissen Kantonen nachgewiesenermaßen jedes Bataillon seine kommunistische Zelle besitzt, macht die Hauptgefahr für unsere Wehrfähigkeit aus. Der offenen Armeegegnerschaft sind am gesunden Instinkt unseres Volkes immer noch gewisse Grenzen gesetzt. Zum Versagen der Wehrmacht führt diese erst, wenn

die militärische Führerschaft, vom Leutnant bis hinauf zu den hohen Kommandostellen, im entscheidenden Augenblick ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist. Wie weit im jüngeren Offiziersstand aber die geistige Zersetzung bereits fortgeschritten ist, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit ein jüngst in der „Schweizerischen Militärzeitung" veröffentlichter Artikel eines jungen Offiziers. Die materialistische Weltanschauung des Marxismus, wonach das Handeln des Menschen allein durch den wirtschaftlichen Vorteil bedingt wird, ist ja längst zur Heilslehre auch unseres staatstragenden Bürgertums geworden. Zum Gestalten, und das heißt zum Führen, fühlt man keine Berufung mehr in sich. Man will ungestörten Lebensgenuß, lehnt ab und bekämpft, was diesem — vermeintlich — hinderlich und macht sich zur Rechtfertigung von all dem ein schönes Gedankengebäude zurecht. „Wo keine wirtschaftlichen Vorteile zu erwarten sind, hört der Krieg von selbst auf" — überträgt der betr. Offizier in der Schweiz. Militärzeitung seine eigene Lebenseinstellung auf das Völkergeschehen —; „infolge der Veränderungen der ökonomischen Verhältnisse muß eine Schlußfolgerung der Kriegsnotwendigkeit auf Grund geschichtlicher Entwicklung irreführen". Also weil der Krieg heute keine wirtschaftlichen Vorteile mehr bietet (den Japanern bietet ihr Krieg in der Mandschurei beispielsweise immerhin sehr große Vorteile), besteht keine Notwendigkeit, künftig weiter mit Kriegen zu rechnen. Der betreffende Offizier würde sich zweifellos dagegen verwahren, daß er kein guter Soldat und nicht zur Erfüllung seiner Pflicht seinem Land und Volk gegenüber bereit sei. Das Entscheidende aber: er glaubt nicht an die Möglichkeit eines Ernstfalles. Darum bekämpft er in seinem Artikel den Gedanken einer Ertüchtigung unserer Armee durch ihre Reorganisation. Wer heute sage, unsere Armee genüge den an sie im Ernstfalle gestellten Aufgaben nicht, arbeite damit den grundsätzlichen Armeegegnern in die Hand, die das gleiche sagen, um die Überflüssigkeit unserer Armee darzutun. Auch sei der Zeitpunkt, eine neue Militärorganisation zu fordern, denkbar ungünstig. Die Offiziere, die das täten, gäben damit zu erkennen, daß sie zum vorneherein einen negativen Ausgang der Abrüstungskonferenz erwarteten; und die Armeefeinde könnten so von einer Offizierskaste sprechen, die grundsätzlich alle Friedensbestrebungen verneine.

Was sich dieser junge Offizier hier vormacht, ist im Grunde nur Beschwichtigung seines Gewissens und Betäubung seines Pflichtbewußtseins. Er glaubt nicht an die Notwendigkeit der Armee — es gibt ja keinen Krieg mehr. Er glaubt nicht an die Berechtigung der Armee — es soll ja keinen Krieg mehr geben. Diesem Wunschdenken wagt er aber nicht offenen Ausdruck zu geben. Darum seine Scheinbeweise. Darin aber liegt eben die große Gefahr für unser Wehrwesen. Man ist natürlich nicht Militärgegner. Man macht beim Militär mit, weil es zum guten Ton gehört. Aber im Innersten hat man den Willen zur Wehr aufgegeben. Noch ein bischen Armee für den Frieden. Ja. Aber nicht für den Ernstfall, mit dem man nicht glaubt rechnen zu müssen, und nicht rechnen will. Eine Armee, in dem dieses Denken überhand nimmt, ist eine zum Krieg untaugliche Armee.

* * *

Und der höhere Offiziersstand? Oberstdivisionär z. D. Sonderegger hat in seinem, in unserer Juninummer abgedruckten Vortrag, dem herrschenden „System" gerade den Vorwurf gemacht, daß es in seinen Einrichtungen und Grundanschauungen viel zu wenig auf den Ernstfall eingestellt sei. Sollte diese Kritik vielleicht mit ein Grund dafür sein, daß man Herrn Sonderegger nicht auf den vor kurzem freiwerdenden Posten eines Armeekorpskommandanten berufen hat? Weil in der Tat unser Staatswesen und die es tragenden Schichten von dem einen Bedürfnis beherrscht sind: nur keine Änderung des Bestehenden; und entsprechend von der Wunschvorstellung: ein Ernstfall ist unwahrscheinlich: je weniger wir daran denken, desto unwahrscheinlicher ist sein Eintreten. Man hört gelegentlich das Urteil, daß in unserer Armee wieder ein gewisser Dilettantismus einzureißen beginne. Nicht

daß die Gesinnung und Hingabe der höheren militärischen Führung in Frage stünde. Auch kann man von unseren schweizerischen Offizieren keine Kriegserfahrung verlangen, wohl aber den Willen und die Fähigkeit, sich vorzustellen, wie ein künftiger Krieg aussieht. D. h. eben die Einstellung auf den Ernstfall und entsprechend die Wahl der Truppenführer und die Erziehung und Ausbildung der Truppe unter diesem Gesichtspunkt.

Selbstverständlich wäre Herr Sonderegger im Ernstfall unentbehrlich, wird etwa zur Entschuldigung seines jüngsten Übergehens angeführt. Das wäre also das Eingeständnis, daß man eben heute nicht das tut, was für den Ernstfall nötig ist. So ist es auch. Oder haben wir denn einen solchen Überfluß an militärischen Führern, deren Befähigung und Eignung, im Ernstfall den an sie gestellten Anforderungen zu genügen, feststeht, daß wir es uns leisten können, einen Führer, der diese Eigenschaften nach allgemeiner Meinung besitzt und der das Vertrauen der ganzen Armee hätte, zu übergehen? Aber eben, Herr Sonderegger hat dem „System" vorgeworfen, es fälle seine Entscheide und fasse seine Beschlüsse mehr auf Grund eifrigen Herumhorchens als nach eigenem Urteil und eigener Überzeugung. Hat man also auch in seinem Fall wieder zu viel „herumgehorcht" und nicht auf Grund sachlicher Erwägung entschieden? Der Gedanke, unser heutiger politischer Zustand sei so, daß Leute, die dessen Schwächen kennen und offen aussprechen, nicht mehr zu leitender Stellung zugelassen werden, wäre unerträglich. Denn woher sollte dann die dringlich nötige Besserung kommen, wenn man diejenigen, die bessern wollen, grundsätzlich beiseite schiebt und kalt stellt? Sicher ist eins: die Art, wie jüngst mehrere hohe Kommandostellen unserer Armee neubesetzt worden sind — auch einem verdienten Divisionskommandanten, der sein ganzes Leben für die Armee eingesetzt hat, ist Unrecht geschehen —, hat nicht zur Stärkung des Vertrauens in unsere oberste Leitung beigetragen. Wie der junge Offizier, der seine Dienstpflicht recht und schlecht erfüllt, aber durch seine geistige Haltung die Zersetzung in die Armee hineinträgt, so lassen einen die Handlungen der obersten Landesregierung am Glauben irr werden, daß wir in unserer heutigen politischen — und der dadurch bedingten militärischen — Verfassung den Anforderungen schwerer Zeiten, eben des Ernstfalls, gewachsen wären.

Hans Oehler.

Französischer Brief.

In den knappen fünf Wochen, die bis jetzt seine parlamentarische Existenz bilden, sah sich das Kabinett Herriot vor Aufgaben gestellt, wie sie heikler kaum gedacht werden können. Zwei taktische Probleme hatten den Wahlkampf beherrscht, und in ihrer Lösung den überwältigenden Wahlsieg der Linken bedingt: die außenpolitische Entscheidung in den beiden Zwillingskonferenzen Genf und Lausanne; die finanzielle Krisis und deren grundsätzliche Behandlung. Der erste dieser beiden Fragenkreise soll hier nur kurz gestreift werden.

1.

Lausanne sowohl wie Genf zeigen echteste Tradition französischer Politik, wie sie etwa einer Hochschulvorlesung zur Unterlage dienen könnte. Kein Wunder, daß man in diesem Zusammenhang zwei Namen nannte, die Frankreich sicherlich einmal zu seinen profanen Kirchenvätern zählen wird: Delcassé und Poincaré. Dazu kam natürlich, wie es bei einem Manne wie Herriot nicht anders denkbar ist, ein vollgerütteltes Maß Ideologie, das sich wiederum mit den Forderungen des Großen Generalstabs harmonisch vermählte: kurz, der „faux bon-

homme" erwies sich als ein ganz hervorragender Taktiker aus bester Schule, modernisierter Cambon etwa, und es gelang ihm denn auch, was Briand nie gelungen war, nämlich die nationalistische Front zu durchbrechen. Mehr noch: sie stand zu ihm wie ein Mann, und Pertinax wußte im „Echo de Paris" buchstäblich nicht mehr, mit welcher Tinte er seine Artikel schreiben sollte. Gern verzieh man ihm die schon genannte Ideologie, die in Wirklichkeit ja wohlberechnet ist und den Interessen Frankreichs mehr dient als der schlaueste politische Schachzug; man besann sich auf die alte Rassenfeindschaft, die den „vaterlandslosen" Bretonen gegen den stockfranzösischen Jakobiner aus Lyon stellt, und sprach diesem die „patriotische Ader" zu, die der internationalistische Träumer angeblich nie besessen. Verständnislose Undankbarkeit war noch immer ein Grundzug der französischen Rechtsparteien; sie wollen nicht erkennen, daß Herriot in Lausanne wie in Genf nur die Früchte erntete, deren Samen Briand ausgestreut, und daß Frankreich vielleicht noch Jahre lang von den Vorräten zehren wird, die der genialste seiner Staatsmänner in jahrelanger mühseliger Arbeit aufgehäuft.

2.

Kommen wir nun zum eigentlichen Gegenstand dieses Berichts: die Entwicklung der innerpolitischen Lage seit dem Regierungsantritt Herriots. Der gewitzigte Politiker verzichtete diesmal auf die „symbolischen Akte", die den Honigmond einer entschiedenen Linksmehrheit zu kennzeichnen pflegen; trotz der feierlichsten Wahlversprechen wurde im besonderen die große Amnestie vertagt, und selbst das Schoßkind der Radikalen, die Einheitsschule, erhielt nicht viel mehr als ein süßes Zuckerplätzchen. „Ich will die Tage vom Juli 1926 nicht wieder erleben!" rief Herriot aus. Das heißt: Die Ideologie mag in der Außenpolitik vortreffliche Dienste leisten, im Innern aber muß sie einer durchaus realistischen, ja materialistischen Auffassung der Dinge weichen. Nichts ist gegenwärtig in Frankreich „realer" und zugleich dringlicher als das Finanzproblem, mit dem hier viel mehr als in andern Ländern die gesamte Wirtschaftskrisis verknüpft ist; es bildet heute und wahrscheinlich noch auf Jahre hinaus das Herzstück jeder französischen Politik, und man tut durchaus unrecht, sie mit ähnlichen Sorgen bei andern Völkern auf gleich und gleich zu setzen. „Faites-moi de bonnes finances, et je vous ferai de la bonne politique!" heißt es hier zutreffend, und wenn wiederum für Frankreich auch das andere Wort gilt, daß „Geldwunden nicht tödlich" sind, so bezieht sich dieses ausschließlich auf die finanziellen Wunden, die der Nation von Außen her geschlagen werden können: hier gleicht Frankreich in der Tat gewissen Tieren, die man ohne großen Schaden vierteilen kann, und die immer wieder nachwachsen, solange der innere Saft gesund bleibt. Gerade um diesen inneren Saft handelt es sich in diesem Augenblick; hier muß die Kur ansetzen, denn es sind ohne Zweifel Krankheitserscheinungen vorhanden, die über kurz oder lang zu einer Katastrophe führen können.

Das französische Schatzamt bildet so etwas wie den Leinenstrumpf der Republik, im Gegensatz zu den vielen Millionen privaten Leinenstrümpfen; er öffnet sich grundsätzlich nur dann, wenn die jeweiligen Steuereinkünfte ein „Tief" aufweisen, und die Vorschüsse pflegen in kürzester Frist zurückerstattet zu werden. Als der staatliche Leinenstrumpf am prallsten gefüllt war, es war zur Zeit der fetten normannischen Kühe unter Chérons Hut, enthielt er nahezu 20 Milliarden Franken; der „Realismus" und die „prospérité"-Politik Tardieus zerstreuten diesen märchenhaften Schatz in alle Winde, und als der Löwe von Belfort von der Bühne abtrat, war er auf ganze 40 Millionen zusammengeschmolzen. Die Staatsmaschine aber fuhr fort, viel mehr Futter zu fressen, als ihr die Steuerzahler zuwarfen: nach den Berechnungen des Finanzministers Germain-Martin sind es täglich nahezu 30 Millionen, die aus andern als den normalen Hilfsquellen zufließen müssen. Der

Kuriosität halber sei hier eingefügt, daß das Blatt des Industriemagnaten de Wendel geradezu den Überfluß des Schatzamts für die gegenwärtige Finanzkrisis verantwortlich macht: „Hätten wir nicht so viel Milliarden aufgehäuft, so wären manche Nachlässigkeiten und Verschwendungen vermieden worden, und wir hätten viel früher schon gewisse Gesundungsmaßregeln getroffen, die gegenwärtig wegen der allgemeinen Wirtschaftskrisis sehr schmerzhaft erscheinen müssen," schreibt das „Journal des Débats". Vielleicht kommt doch noch ein Chauvinist auf den rettenden Gedanken, daß im Grunde Deutschland an der französischen Finanzkrisis die Schuld trägt: weil es durch seine massiven Tributzahlungen den staatlichen Leinenstrumpf so unverschämt füllte und dadurch jede Sanierung hinterlistig verhinderte. Um dem Schatzamt die nötige Flüssigkeit wiederzugeben, griff der Finanzminister nach einigen beschönigenden Umschweifen zu dem alten Mittel der kurzfristigen Anleihen zurück: das Gesetz vom 20. Juli ermächtigte ihn, Schatzbonds in Höhe von 2 Milliarden Franken auszugeben, und Germain-Martin kündete jetzt schon an, daß er im Oktober den gleichen Betrag fordern werde. Ein weiteres Gesetz ermächtigt die algerische Kolonie, eine Anleihe von 3300 Millionen Franken aufzulegen, damit sie in der Lage sei, dem französischen Schatzamt seine Vorschüsse, 1436 Millionen Franken, zurückzuzahlen. In Erwartung eines günstigen Augenblicks zur Ausgabe dieser Anleihe darf das Schatzamt in gleicher Höhe Bonds verabreichen, so daß sich der Kredit von heute auf den Kredit von morgen stützt, genau wie der verschwenderische Sohn tut. Widerstrebend zwar, doch durch den unerbittlichen Gang der Dinge gezwungen, betritt Frankreich wiederum den Weg der schwebenden Schuld, der wie kein anderer verderblich ist: und schon findet sich ein Minister, wenn auch zweiter Klasse, der Unterstaatssekretär Pâtenotre, um die Rückkehr zur offenen Inflation als alleiniges Heilmittel zu preisen.

3.

Berechnet man das tägliche Defizit von 30 Millionen auf den gegenwärtigen Haushalt von neun Monaten, so gelangt man bis 31. Dezember zu einem Gesamtfehlbetrag von rund 8 Milliarden Franken; die offiziellen Ziffern sind allerdings um fast die Hälfte niedriger, weil sie naturgemäß optimistisch sind und ein „steuerliches Hoch" im Oktober und Dezember in Rechnung stellen. Um dieses gewaltige Loch zu stopfen, arbeitete der Budgetminister Palmade sein bekanntes „Finanzprojekt" aus, das im Anfang so etwas wie eine mazedonische Platte darstellte: er hatte in den zahllosen Kapiteln des 55 Milliarden-Haushalts herumgesucht und überall eine kleine Summe „gekratzt", wie man hier sagt, so daß das Ganze doch schließlich einen Betrag von 4 Milliarden ausmachte. Allerdings entfielen davon nur 333 Millionen auf das laufende Budget, und der Rest stellte eine sehr unsichere Hypothek auf die Zukunft dar; aber selbst gegen diese Hypothek erhoben sich die großen Gewalten im Staat, in erster Linie die allmächtigen Beamtenverbände, mit einer solchen Wucht, daß von den eigentlichen Ersparnissen bald kein Centime mehr übrig blieb. Nach diesem komischen Vorspiel gelangte das unglückliche Projekt in die Hände des Finanzausschusses der Kammer, eine Körperschaft, deren eigentliche Bedeutung im Ausland nicht recht bekannt ist. Man kann sie am besten als eine Kammer im Kleinen betrachten, oder als ein Jakobinerklub, der nicht nur der Regierung, sondern auch dem Vollparlamente seine Befehle diktiert. Im Finanzausschuß herrschen von jeher die Radikalen, die sich ja als das wahre Rückgrat der Republik betrachten, und als die Anwälte von 10 Millionen Leinenstrümpfen. Zehn Millionen Leinenstrümpfe sind mehr als nur einer, und sei es der staatliche: sie dürfen also durch keinerlei Maßnahme geschädigt werden, zumal sie eben noch durch die Stimmzettel ihren Willen ganz unzweideutig bekundeten. Das war die technische und demagogische Seite der Angelegenheit: das Projekt wurde so energisch zerzaust, daß die Federn nach allen Seiten flogen, und ein unförmlicher Torso übrig blieb. Ungleich wichtiger jedoch erschien in den Augen der radikalen und sozialisti-

schen Ausschußmehrheit das politische Ziel dieser Beratungen. Man weiß, mit wieviel taktischem Geschick Eduard Herriot, der seit den Wahlen als ungekrönter König der neuen Mehrheit angesehen werden mußte, nicht nur die wahlverbündeten Sozialisten von der Regierungskrippe ferngehalten hatte, sondern auch diejenige Richtung innerhalb der radikalen Partei selber, die mit dem alten Kartellgedanken liebäugelte, und deren Führer geheimhin „Jungtürken" genannt werden. Der Finanzausschuß hatte seiner schlechten Laune ob dieser gelungenen Operation mit aller wünschenswerten Deutlichkeit Ausdruck verliehen und war umso siegesgewisser, als die Radikalen einen erklärten Gegner des Ministerpräsidenten, François-Albert, zum Vorsitzenden der Partei erwählt hatten. Es handelte sich in kurzen Worten darum, das Kartell durch eine Nebentüre einzuführen und das Kabinett Herriot vor vollendete Tatsachen zu stellen, angesichts derer es nur zwei Möglichkeiten gab: Unterwerfung oder Demission. Zu diesem Ende ging man so selbstherrlich wie nur möglich vor, zitierte die beiden beteiligten Minister des Haushalts und der Finanzen wie Schuljungen vor die Kommission und vermied aufs Sorgfältigste, je mit ihnen der gleichen Meinung zu sein. Die beiden Regierungsmitglieder wichen Schritt um Schritt zurück, ließen erst die geplanten Abstriche an den Beamtengehältern fallen, gaben eine Stellung nach der andern auf, um das Wesentliche zu retten; die unerwartete Taktik brachte die Kartellisten in nicht geringe Verlegenheit und veranlaßte sie, immer weitergehende Forderungen zu stellen. So kam der Beschluß zustande, die Kredite für die „Perioden" oder Reservistenübungen zu verweigern: schon weil der Antragsteller Léon Blum ist, war es klar, daß sich der Große Generalstab und mit ihm der Kriegsminister Paul-Boncour energisch widersetzen würden. Zugleich wurde angeregt, eine Abordnung mit Herriots Widersachern an der Spitze nach Lausanne zu senden, und zwar als Träger eines regelrechten Ultimatums: der Ministerpräsident solle klar und deutlich erklären, ob er mit seiner Mehrheit, die eben erst den Willen der Nation empfangen, einverstanden sei oder nicht. Nach langem Hin und Her einigte man sich auf ein Drahtgespräch mit Herriot, und von diesem Augenblicke an setzte die Gegenoffensive mit aller Wucht ein.

4.

Schwache Regierungen werden nicht selten durch die physische Kraft und Ausdauer ihrer Mitglieder gerettet: es ist dies eine der Blüten des parlamentarischen Systems, das ja auch sonst regelrechte Faustkämpfe nicht ausschließt. Im vorliegenden Falle kann man ruhig sagen, daß der kartellistische Ansturm buchstäblich an der eisernen Natur des Bürgermeisters von Lyon, dessen Großvater nicht umsonst ein „langer Grenadier" war, zerschellte. Herriot brachte es nämlich fertig, innerhalb vier Tagen und vier Nächten viermal 600 Kilometer im Eisenbahnwagen zurückzulegen, und durch diese Rekordleistung wurde seine Regierung wahrscheinlich vor dem Sturz bewahrt. Der Ministerpräsident kennt die Kulissen der französischen Kammer fast ebenso genau wie Briand, und seine „Antennen" sind nicht schlecht; durch geschickte Schachzüge bewirkte er in kürzester Zeit einen Stimmungsumschwung, der die anfänglichen Erfolge des Finanzausschusses so gut wie vernichtete. Aber die schwierigste und gefährlichste Operation stand noch bevor: die Abtrennung der Sozialisten von dem Mehrheitskörper, ohne daß dieser bis zur Hilflosigkeit geschwächt würde. Eine solche lebensgefährliche Schwächung wäre es etwa gewesen, wenn das Tisch- und Bettuch zwischen den beiden Linksparteien völlig entzweigerissen, und die Radikalen für die fernere Dauer der Kammersitzungen auf Gedeih und Verderb den ehemaligen Tardieuparteien ausgeliefert worden wären. Nein: Herriot mußte sowohl der „tardieusierenden" Mitte wie auch den sozialistischen „Freunden" beweisen, daß er mit seinen Altradikalen der Herr, sie alle aber nur Diener seien. Daß er sich durch keine Abstimmung binden läßt, selbst wenn ihn die Hilfe von rechts oder links vor dem Sturz bewahrt. Daß er im besondern der

Rechten nicht auf Gedeih oder Verderb ausgeliefert ist, auch wenn der Urnenzettel Flandins seinen Namen trägt, und die Nabelschnur mit den Sozialisten nicht durchschnitten, trotzdem sich in einem wesentlichen Punkte ihre Wege trennen. Das alles wurde mit Meisterhand ausgeführt, und zwar bei Gelegenheit des entscheidenden Kammervotums über die Reserveperioden, die Herriot erst nicht als eine „Kabinettsfrage" angesehen hatte. Er war nämlich nicht allein der Meister: sondern es ereigneten sich hier ein paar andere Dinge, die in Wirklichkeit als der Ausgangspunkt einer neuen innerpolitischen Entwicklung angesehen werden müssen.

An dem Tage, wo der sonst so konservative Senat Josef Caillaux zum Vorsitzenden seiner Finanzkommission erwählte, wußten Kenner des „Luxembourg" bereits, daß man etwas Besonderes im Schilde führe. Denn obschon der ehemalige Ministerpräsident in hervorragendem Maße „das Ohr" der Alten besitzt, mußte es doch seltsam genug erscheinen, daß sie den kühnen und draufgängerischen Politiker an eine Stelle beriefen, wo er fast mit Notwendigkeit in offenen Gegensatz zu Herriot geraten mußte. Zwischen den beiden Männern hat nie große Freundschaft bestanden, trotz ihrer gleichen Parteizugehörigkeit; das laue Verhältnis ist mit der Zeit immer kühler geworden, persönliche Mißhelligkeiten und starke Charaktergegensätze traten hinzu, so daß man bis vor Kurzem beinahe von kaum verhüllter Feindseligkeit sprechen konnte. Auf jeden Fall herrschte allgemein die Ansicht vor, daß Herriot und Caillaux noch von 1926 her, populär gesprochen, ein Hühnchen miteinander zu rupfen hätten, und man war schon auf das sensationelle Schauspiel gespannt, das zwei geschickte Fechter von der gedämpften Bühne des Senats herab geben würden. Die Sensation ließ nicht auf sich warten: nur erfolgte sie in einem ganz andern Sinne, und es gab eine große Überraschung, besonders in der Kammer!

5.

Es war in jener aufregenden Kammersitzung, als über den nicht nur von der sozialistischen, sondern auch von der radikalen Partei im Finanzausschuß gestellten Antrag über die Reservistenübungen entschieden werden sollte. Der Kriegsminister Paul-Boncour hatte ihn ein paar Tage zuvor als „Kabinettsangelegenheit" bezeichnet, trotzdem man wußte, daß Herriot selber die Vertrauensfrage dabei nicht stellen wollte. Man raunte sich zu, der Chef der Armeeleitung, General Weygand, habe mit Entlassung gedroht, wenn die Kredite auch nur zeitweilig gestrichen würden, und der Kriegsminister werde diesem Beispiel folgen. Die Sozialisten und die „Jungtürken" unter den Radikalen waren eifrig um Herriot bemüht, und eine reine Kartellregierung tauchte am Horizont auf. Da wurde der Ministerpräsident vom Senat her verlangt: Josef Caillaux führte mit ihm ein langes Gespräch, das eigentlich die Lage entschied. Wenige Minuten später stellte Herriot ganz überraschend die Vertrauensfrage, die Léon Blum „trauernden Herzens", wie er pathetisch sagte, mit Nein beantwortete. Der Trennungsstrich war gezogen, von sämtlichen Radikalen hatten nur drei gegen die Regierung gestimmt, während sich die eigentliche Rechte enthielt. Tardieu glänzte durch Abwesenheit, Flandin glaubte einen geschickten Schachzug zu tun, indem er sich zu Herriot bekannte: war es die lang ersehnte, nie verwirklichte Konzentration, die Zusammenfassung der gesamte Mitte unter Ausschluß der beiden Flügel?

Der Sieger hieß in Wahrheit Josef Caillaux, wie sich schon bald zeigte. Der Mann, der vor Zeiten den parlamentarischen Rubicon überschreiten wollte und vor einer Diktatur nicht zurückschreckte, ließ es sich jetzt angelegen sein, das Rad zurückzudrehen und eine Finanzpolitik zu betreiben, wie sie konservativer nicht gedacht werden kann. Wogegen er sich auflehnte, das war die sozialistische Auffassung der Krisis und ihrer Heilmittel; ihr stellte er seine „grande pénitence" gegenüber, die große Buße, deren Zeit jetzt endlich gekommen sei. Die allgemeine Ver-

schwendung ist das Übel, an dem Staat und Volkstum kranken; Frankreich lebt weit über seine Mittel und Hilfsquellen hinaus, keine bittere Erfahrung noch hat vermocht, das Abgleiten auf dieser schiefen Ebene zu hemmen. Nun aber ist es so weit gekommen, daß die Katastrophe dicht vor der Türe steht: kurze Zeit noch, und sie ist unabwendbar. Die französische Nation erträgt keine zweite Inflation mehr: finanziell nicht, und nicht politisch. Der Haushalt muß durch eine Deflation von rücksichtsloser Härte ins Gleichgewicht gebracht werden. Das zu erwartende Defizit beträgt für 1933 nicht drei oder vier, sondern mindestens zehn Milliarden: keine Anleihe, ob lang- oder kurzfristig, keine Ausgabe von Schatzbonds, kein irgendwie geartetes Finanzkunststückchen vermag einen solch riesigen Fehlbetrag zu decken. In diesem dramatischen Augenblick wäre sowohl ein weiteres gedankenloses Dahinschlittern wie eine Politik sozialistisch gefärbter Experimente geradezu Selbstmord. Das alte Frankreich muß seine letzte Kraft zusammenraffen: es will nicht untergehen, will sich ebensowenig zu einer Macht zweiten Ranges degradieren lassen. Dieser unbedingte Willen zum Leben setzt eine Politik finanzieller Sanierung voraus, die nur um den Preis größter Opfer aller Franzosen möglich erscheint. „Ich habe den Mut, für die Herabsetzung der Beamtengehälter einzutreten!" rief Caillaux im Senat aus, und dieses Wort ist für einen Politiker der Linken von beispielloser Kühnheit! Noch hat es sich Herriot nicht zu eigen gemacht, und seine parlamentarischen Truppen zaudern vor einem solchen Wagnis. Denn die Beamten sind das Symbol der Republik, die längst weder einen Hahn, noch eine Säherin, noch eine Freiheitshaube im Wappen führen dürfte: sondern am besten einen Bureaukraten, einen „rond-de-cuir". Als Beamter fühlt sich heute so ziemlich jeder Franzose: denn irgendwie ist er vom Staate besoldet, und die bloße Möglichkeit, daß in Zukunft keine Unterstützung an wiederverheiratete Kriegerwitwen ausbezahlt würde, hatte bei einer solchen Nutznießerin Selbstmord zur Folge! Der Fall ist charakteristisch für die erdrückende Mehrheit der Bewohner dieses Landes; das Wagnis erscheint daher riesengroß, und die „neue Entwicklung", von der eben die Rede ging, mag die meisten ihrer politischen Träger zu klein finden. Soll man der elementarsten Klugheit zuwider den Propheten spielen? — Die neue Entwicklung ist nur möglich, wenn Josef Caillaux seinen Rubicon rückwärts überschreitet, selber die Zügel der Regierung ergreift, und den furchtsamen Herriot an den Quai d'Orsay verweist.

Paris, Ende Juli 1932.

Alphonse Pütz.

Bücher Rundschau

Vor unsern Grenzen.

Point 510. Notes d'un observateur. Von Charles Gos. Edition Victor Attinger, Neuenburg, 1932; 134 S.

Wie weit scheint einem diese Aktivdienstzeit schon zurück zu liegen! Gerade deshalb greift der, der sie miterlebte, gern zu einem solchen Buch; denn es läßt jene Zeiten wieder lebendig werden. Es sind wirklich nur Notizen eines Beobachters über das, was er vom Posten aus, in den Tannenwipfeln oben an der Juragrenze, durchs Fernrohr sah. Also gleichsam der Krieg aus der Froschperspektive. Nur das gibt das Buch, aber das ganz. Landschafts- und Naturschilderungen feinster Art — es sei nur an die schönen, ernsten Sonnenuntergänge im Westen erinnert — nehmen begreiflicherweise einen breiten Raum ein; doch gerade diese so seltene